



Klare Kante gegen die Erweiterungspläne von Westfleisch: die Grünen-Fraktionsvorsitzenden Erich Prinz und Sarah Albertz vor den Toren des Schlachthofs in Stockum.

Grüne legen ihre Linie in Sachen Westfleisch fest

## Ja zur Modernisierung – nein zur Erweiterung

**COESFELD.** Die Grünen-Fraktion im Coesfelder Stadtrat hat sich angesichts der laufenden Diskussionen um Westfleisch klar gegen eine Erweiterung des Schlachtbetriebes in Stockum ausgesprochen. Sie kommt laut Pressemitteilung geschlossen zu dem Votum: „Modernisierung, Emissionseinsparungen und Verbesserung der Situation für die Belegschaft: ja, Erweiterung und Ausbau, also Schaffung von Gegebenheiten zur Schlachtung von zehntausenden Tieren mehr: nein.“

Die Grünen kritisieren, dass es von Westfleisch bei einer Veranstaltung mit ausgewählten Ratsmitgliedern im Rathaus und einem von

der SPD organisierten digitalen Austausch (wir berichteten) widersprüchliche Aussagen zu ihren Plänen gegeben habe. Und das, obwohl Westfleisch doch immer wieder betone, sehr transparent zu agieren, so Fraktionssprecher Erich Prinz. Bestätigt worden sei, dass es „Planspiele“ für eine Schließung des Standorts Gelsenkirchen und eine Konzentration der Schlachtungen in Coesfeld gebe. „Zukunftsorientiert ist dies nicht“, meint er. Die letztjährigen Schließungen von Großschlächtereien seien überwiegend zu Lasten der Landwirte gegangen. Sie litten immer extremer unter dem ruinösen Preiskampf. Prinz:

„Das System muss sich ändern, dies hat sogar Bundeslandwirtschaftsministerin Julia Klöckner erkannt.“

Probleme durch einen erhöhten Wasserverbrauch spricht Fraktionssprecherin Sarah Albertz an: „Unsere Grundwasservorräte werden gerade bei Trockenheit, wie sie zuletzt öfter vorkam, zusätzlich belastet.“ Eine zusätzliche Anlieferung von mehreren tausend Schweinen pro Woche werde zudem ein höheres Verkehrsaufkommen mit all seinen negativen Folgen für Umwelt und Anwohner nach sich ziehen. Die Grünen gehen davon aus, dass durch eine Modernisierung des Betriebs gesunkene Emissio-

nen nach der Erhöhung der Kapazitäten wieder ansteigen – ein Nullsummenspiel.

Ein weiterer Ablehnungsgrund ist für sie der Klimawandel: Zehntausende Schweine mehr zu züchten, zu mästen, zu schlachten und zu einem großen Teil zu exportieren, verursache klimaschädliche Treibhausgase. Die globale Erwärmung auf 1,5 Grad zu reduzieren, erfordere große Anstrengungen von allen Kommunen. Der Ausbau des fünftgrößten Schlachtkonzerns Europas sei hier kontraproduktiv.

Unabhängig von allen Plänen, so die Grünen, müssten sich auch die Arbeits- und Wohnverhältnisse der Mitarbeiter weiter verbessern.